

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

## Band 12

### Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/108

#### Schuldskult und einseitige Erinnerungskultur, Teil 1

Nichts stirbt, was in der Erinnerung weiterlebt.

*Unbekannter Verfasser*

Der Deutsche Bundestag beschloß am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden sollte". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung

der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt. ...<<

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen. Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin Ende 1943 die Spaltung Deutschlands. In Jalta war dies im Februar 1945) ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,

1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.

Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung, jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete am 7.10.1959 zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR!, es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt. ...

Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.

Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung. ...

Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung.

Sie verleumdete die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ...

... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."

Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Deutschlandpolitik der Alliierten (x306/173-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**

... Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung, auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die 1946 von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente - 1947, dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik - 1948, der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag - 1949, zur Revision des Besatzungsstaates - 1951, dem vermeintlichen Ende der Besatzung 1955, dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO 1955 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand

der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollrats Herrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzicht auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußlandhörige Regierungen.

Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß So-

wjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein. Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirklich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.

Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...

Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...

... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.

Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

"Bild-Extra" berichtete am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>13 Millionen suchen eine Heimat ...

Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.

Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.

In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtstankern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.

Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" von rund 45 Mark. Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35). Diese ehemaligen

deutschen Staatsangehörigen wurden als Autochthone - d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier - wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder als unabhkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen, sondern zur Option für Polen gezwungen.

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek, von 1949-53 Minister für Vertriebene, beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Am 27. Januar 1951 wurde die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.

Dr. Kather, von 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, erklärte am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages (x155/29): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...

Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser Gefahr.

Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.

Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist. ...<<

Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtete im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.

Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<

Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wurde am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen. Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgte die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959. Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptentschädigung.

Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.

Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.

Die Auszahlung der Hauptentschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.

Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde. ...<<

Die Zeitung "Le Monde " berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179):  
>>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns:

"Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

Im Jahre 1953 wurden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 lebten in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besaßen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen waren Untermieter (x038/481-482).

Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtete am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umkamen. Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen lebten etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).

Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.

Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<

>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<

In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.

Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.

Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...

Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.

Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkaufte werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>"DREIGETEILT - NIEMALS"

### **Vertriebene fordern Recht auf Heimat**

Der Bund der Vertriebenen und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf

Heimat verteidigt - "dreigeteilt – niemals".

In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...

Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen. ...<<

Der "Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengaben müssen. ...

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter waren u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/92-94): >>...

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.

Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.

Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzu-

sehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.

Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.

Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.

2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 - Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien - zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.

3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.

4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.

5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen. Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von

Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als zerstörende Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichte am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x155/120): >>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf.

...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, daß Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene

Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18):

>>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. ...

Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. ...

Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...

Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorbeulenkte. Es ist die Vorsicht. ...

Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie im negativen Sinne mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben hat. ...

Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief - wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten - als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.

Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse je SPD oder von Claudia Roth - Die Grünen. Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaws zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.

Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsoffer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<

Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.

Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<

Die deutschen Vertriebenenverbände störten angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie wurden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.

Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtpropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung. ...<<

Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden

und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

Der BdV-Präsident Rehs kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136):

>>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.

Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.

Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.

Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten. Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139):

>>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staaterhaltenden Kräfte.

Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.

Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<

Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144):

>>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ... Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt.

Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...

Keine Partei und kein Parteitag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten. ...

Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einsei-

tigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Verreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland (x879/17-33): >>... **IV. Folgen**

'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von Seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trägerspezifisch verankert. ...

Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwel lenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.

Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben ... das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.

Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mittleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.

Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...

Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.

Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche

historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1969) berichtete am 14. April 1969 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: >>Skoro domoi (bald nach Hause)

Ihre Parole hieß: Vorwärts! Doch eines Tages standen sie "am Ende unserer Freiheit, vor dem Anfang eines uns vollkommen unbekanntes Weges".

Für manchen war es "mehr wie ein Hinübergleiten", für andere "ein nie zu vergessender, eigenartiger Augenblick" -- ein Augenblick, "den man eigentlich nicht beschreiben kann".

Sie hörten "den vielstimmigen Ruf: Friitz, Friitz", und einige überlegten, ob sie "nicht auch den Weg der Ehre beschreiten sollten". Es war "ein so unglaublicher Schock, eine so entsetzliche Überraschung", und "uns stockte der Atem, da wir nicht wußten, was uns die nächsten Augenblicke bringen würden".

Bald wußten sie es. Und heute, nach Jahr und Tag, erinnern sie sich, wie sie "nach und nach gleichgültig" wurden "gegenüber allem, was ich früher für Richtschnur und Sinn meines Lebens gehalten hatte".

Sie registrierten: "Körperlicher und seelischer Tiefstand -- völlige Selbstaufgabe! Keine Kraft mehr zum Gebet. Stumpfes Dahinsiechen."

Sie erlebten: "Alle Tünche fällt ab, der Mensch wird nackt; das, was er ist. Der Schein verschwindet."

Sie waren "so sehr müde" und "so abgestumpft, daß -- sollte mich jemand an eine Hundeleine nehmen -- ich nicht im geringsten überrascht ... wäre. Vielleicht würde ich sogar bellen", und "dann würde ich mich in meine Hundehütte verkriechen und schlafen".

Und wie die Hunde lebten sie: "Sitte und Moral sinken. ..."

Grauensvoll: "Jeder war neidisch auf die Männer, die starben." Denn wer starb, hungerte nicht mehr. Und der Hunger war schlimmer als alles andere:

"Nur noch mal satt werden, und dann ist Schluß. Ich hatte eine Viertel Rasierklinge und wollte mir die Pulsadern öffnen, um mein eigenes Blut zur letzten Sättigung zu nehmen."

Sie waren 3,15 Millionen Mann: Soviel Deutsche, wie heute in München und Hamburg wohnen, gerieten zwischen dem 22. Juni 1941, als morgens um 3.15 Uhr das "Unternehmen Barbarossa" mit einem Feuerschlag begann, und dem 8. Mai 1945, als die Wehrmacht kapitulierte, in sowjetische Kriegsgefangenschaft (Bei Kriegsende befanden sich rund zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, darunter 3,8 Millionen in amerikanischer, 3,7 in britischer, eine Million in französischer).

Sie lebten und starben in 2.779 Lagern -- von Preußisch-Eylau bis Jurga in Sibirien, von Archangelsk am Weißen Meer im Norden bis nach Taschkent in Usbekistan im Süden.

Nur 1,95 Millionen (62 Prozent) von ihnen kehrten heim -- der letzte über das Lager Friedland bei Göttingen erst 1957. Rund 1,11 Millionen gingen zugrunde und wurden auf einem der 193 Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Sowjet-Union verscharrt, die meisten namenlos in Massengräbern.

Das Schicksal von mindestens 86.000 Mann ist unbekannt und wird es bleiben -- "eine Lücke der Ungewißheit, die niemand zu schließen vermag", so Kurt W. Böhme, Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" und Autor einer 474 Seiten langen Bilanz über "Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand". ...

Der Marsch hinter den Stacheldraht war von "Ratlosigkeit und quälender Ungewißheit" gekennzeichnet: "Wir waren auf Verhalten in der Gefangenschaft hin nicht geschult." Und: "Lange umfaßte tiefe Betäubung den Menschen -- Chaos und Angst."

Kaum jemand wußte, was Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wenigstens theoretisch zustand ...

Es war, wie Umfragen unter Heimkehrern ergaben, eine Zeit, die -- so die Rangfolge -- durch Unfreiheit, Rechtlosigkeit und primitives Leben gekennzeichnet war. Fast nirgends in den Baracken, den Erdbunkern, den Ruinen, Schuppen, Ställen und Fabrikhallen, in denen die Soldaten zusammengepfercht wurden, war die sowjetische Vorschrift eingehalten worden, wonach für jeden Mann mindestens zwei Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung stehen sollten -- was immerhin der Belegung einer deutschen Wohnstube mit zehn oder elf Mann entsprochen hätte. "Das fürchterlichste", so schilderte ein Major, "war das jahrelange Zusammenleben auf engstem Raum. ..."

In vielen Lagern war jedwedes religiöse Tun untersagt, so im Stammlager Pachta-Aral, wo am Heiligen Abend nicht einmal ein Weihnachtslied gesungen werden durfte und der Baumwollstrauch, den die Kriegsgefangenen als Weihnachtsbaum mit Bildern und Watte geschmückt hatten, "auf besonderen Befehl" in den Ofen wanderte.

Die Freuden waren gering. Den meisten Kriegsgefangenen wurde erst im Frühjahr 1946 eine Rot-Kreuz-Antwortkarte zum Schreiben ausgehändigt, und mitunter dauerte es danach noch wochenlang, ehe die erste Nachricht aus der Heimat kam. Im Tagebuch eines Gefangenen im Lager Jurewez findet sich unter dem 13. Juni 1946 die Eintragung: "Endlich die langersehnte Nachricht von zu Hause ... Alle leben, alles gesund! Auch Wohnung heil. Das ist ein Stein vom Herzen!"

Zunächst war es mit dem Schreiben "eine Sache für sich", wie ein Heimkehrer aus dem Lager Schtscherbakow berichtete, "denn wir waren 2,5 tausend Mann und bekamen das erstmal 150 Karten zum Schreiben", und in Kupjansk erlaubten die Russen "uns wohl das Schreiben, aber es gab kein Papier". Und auch das geschah: "Post kommt, Karten und viele Umschläge, sämtliche Briefe sind entnommen - Gemeinheit!"

Obwohl nach 1950 in fast allen Unterkünften Lautsprecher installiert wurden, die das Programm des Rundfunks ausstrahlten, war der Kontakt zur Außenwelt so dürftig und der Nachrichten hunger entsprechend groß, daß "die Luft voller Gerüchte" zu sein pflegte -- vor allem der Gerüchte über eine baldige Heimkehr:

"Das ewige 'skoro domoi' (bald nach Hause) machte uns fast verrückt, und doch glaubte man immer wieder dran, weil es sich jeder so sehnlich wünschte."

Der Wunsch, irgend etwas Genaueres über das weitere Schicksal zu erfahren, war laut Cartellieri "so übermächtig, daß man bereit war, auch die haltloseste 'Parole' wenigstens zu diskutieren: Vielleicht war doch etwas daran".

Ob hinter dem Lagerzaun plötzlich ein Auto aufkreuzte, das man bis dahin nie gesehen hatte, ob unerwartet Großreinemachen befohlen wurde, ob sich das Verhalten des Bewachungspersonals zu ändern schien -- "all das konnte der Funke für ein Lauffeuer" werden. In Kasimiro wo gab es einen Gefangenen, "der genau wissen sollte, wie die Entlassungsformalitäten in Frankfurt/Oder vor sich gingen", und alle hörten ihm gebannt zu, denn "im Grunde seines Herzens hoffte doch ein jeder, fahndete nach Anzeichen für seine Hoffnung und bekam so immer etwas Auftrieb".

Viele freilich hofften vergebens -- und bis an ihr Ende: Jeder dritte Plenny starb. In den 619 Lagern der Südregion um Odessa kamen rund 200.000 Gefangene um, in den 729 Lagern der Zentralregion um Moskau waren es 180.000. Die höchste Sterblichkeitsziffer gab es im schwer erträglichen Wüsten-Klima der Lager im südlichen Zentralasien -- in Usbekistan, Kirgistan und Turkmenistan.

Von den deutschen Soldaten, die schon zu Anfang des Rußlandkrieges in Gefangenschaft gerieten, starben bis zu 95 Prozent, vor allem im Winter. Und viele blieben schon beim Marsch in die Gefangenschaft am Wege liegen:

- Von 91.000 Soldaten, die 1943 die Schlacht von Stalingrad überlebten, erreichten nur 18.000 die Endlager in Taschkent, Usbekistan und an der Wolga; 42.000 verhungerten oder erfroren

allein im Auffanglager Beketowka.

- Um ein Viertel dezimierten endlose Hitzemärsche den Schub von 150.000 Mann, der nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Lager bei Minsk und Smolensk geleitet wurde.

- Von 115.000 Kriegsgefangenen, die nach dem Untergang der Heeresgruppe Süd in Rumänien im Spätsommer 1944 bei sengender Hitze unter freiem Himmel kampieren mußten, starb jeder dritte.

- Auf Fußmärschen bis zu 300 Kilometer kamen von 800.000 Soldaten, die nach der Kapitulation in Polen und Ostdeutschland zusammengezogen worden waren, rund 100.000 ums Leben.

...

Die gefangenen Landser wurden lediglich "nach Möglichkeit" ernährt, und die Möglichkeiten waren gering genug. Die sowjetische Landwirtschaft hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Allein der Ernteertrag an Getreide fiel zwischen 1940 und 1945 um etwa 45 Prozent, überdies brachte das Jahr 1946 die schlimmste Mißernte seit einem halben Jahrhundert. ...

Horst von Usedom urteilte, der Hunger habe im Erleben der Gefangenen eine "teuflische Vorrangstellung" gehabt.

Weder die Ungewißheit über das künftige Los noch Fronarbeit, Schikane und sibirische Kälte -- der Hunger war für sie die "zentrale Qual in einer Vielfalt von Drangsalen", so die Historikerin Hedwig Fleischhacker, die im Bonner Auftrag das Hungerproblem der Rußland-Gefangenen untersuchte. Und für Professor Maschke vollzog sich in den Lagern gar "ein Kapitel aus der Weltgeschichte des Hungers".

Womöglich war dies das düsterste Kapitel dieser Geschichte: Im Lager Jelabuga wühlten ausgehungerte deutsche Gefangene "wie streunende Hunde" in Abfallfässern und Aschentonnen nach Krautstrünken und Kartoffelschalen.

In Dubowka bei Stalingrad beobachtete ein Kriegsgefangener im Winter 1943: "Die Dohlen im Turmgebälk der Klosterkirche werden gefangen und roh verschlungen ... In einem Schneehaufen entdecken Gefangene einen Pferdekadaver. Er wird mit bloßen Händen in Stücke gerissen und verschlungen."

Nicht anders war es noch 1946 in einem Lager am Terek, wo "wir vor krepierenden Pferden nicht haltmachten; an dem Kadaver saßen die Landser wie Aasgeier ...

Einige Heimkehrer wußten gar zu berichten sie hätten Leichen im Schnee liegen sehen ... und auch, daß Hunger die Gefangenen dazu getrieben habe, "die toten Kameraden zu zerreißen und deren Fleisch zu rösten und es zu essen".

Der Hunger wirkte, so bestätigte ein Gefangener, "wie ein Rauschgift, er beseitigt Hemmungen". Und ein anderer fand: "Diese ausgehungerten Menschen waren oft wilden Tieren ähnlicher als dem Ebenbild Gottes."

Im Hungerwinter 1945/46 waren Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund keine Seltenheit. Ein 21 Jahre alter Soldat, Körpergröße 1,71 Meter, meldete aus dem Lager Frolowo: "42 kg samt sämtlicher Klamotten."

Mancher erkannte sich selbst nicht mehr, so ein Kranker im Hospital Atkarsk bei der Untersuchung: "Als ich diese Reihe nackter Männer dann in einem Spiegel erblickte, fiel mir ein langer, besonders dürrer Mann auf. Als ich mich umsah, um zu sehen, wer das war, drehte sich der Mann im Spiegel auch um: Ich war es selbst."

Der Hunger schwächte nicht nur den Körper: "Die Geistestätigkeit wurde matt und matter. Wir vergaßen die Familienfesttage und konnten nicht mehr Kopfrechnen." Es gab Hungerkranke, "die tagelang kein Wort sprachen, sich für nichts interessierten, sich auf der Pritsche nicht rührten, gefüttert und gewaschen werden mußten".

Aus Schwäche oder aus ökonomischen Gründen trotteten die meisten Gefangenen "krumm, mit gebeugtem Rücken, eingesunkener Brust, nach vorn gezogenen und fallengelassenen

Schultern, eingezogenem und gesenktem Kopf und in den Taschen Halt suchenden Armen". Methoden, den Kalorienverbrauch des Körpers auf ein Minimum zu beschränken, wurden in allen Lagern praktiziert. "Kaloriensparer" bewegten sich nach Möglichkeit nur im "Schon-gang", vermieden vermeidbare Wege und übten sich in reglosem Liegen, was sie "auf der Prit-sche verfaulen" nannten.

Die Lethargie verwandelte sich in "wachsende Unruhe auf den Baracken, wenn sich der Zeit-punkt der Mahlzeit näherte" und, so ein Bericht aus dem Waldlager Schumnowo, die Gefan-genen "hungrig ruhelos hin und her irren, gleich Raubtieren auf dem Sprung nach dem Essen". "Essen" im herkömmlichen Sinn war es nicht: "Kohlsuppen und Brei sind unsere Nahrung", außerdem Kleie, Mehlsuppe, Mais, "monatelang nur Graupen", auch "kleine Salzfische", an Fleisch nur "faulige Ziegenköpfe", Kuhköpfe, eingesalzene Innereien, "meist gibt es Kutteln". Vom bloßen Geruch der verkochten Innereien mußte sich in Saransk die offenbar an bessere Dinge gewöhnte Lagerprominenz übergeben.

Die Brotschneider waren gewählte Vertrauenspersonen, oft Architekten oder Feinmechaniker, und beim Brotschneiden durfte niemand "näher als zwei Meter heran". Wenn "die Arbeit fer-tig war, machte eine unparteiische Gutachterkommission noch kleine Korrekturen.

Wie man den Brotgenuß durch "Fletschern" oder "Mümmeln" steigern konnte, beschrieb ein Heimkehrer so: "Man nimmt einen großen Bissen in den Mund und kaut ihn bis zu 120 mal ... die Würge- und Schluckbewegungen muß man bekämpfen, bis das Brot zu einem dünnflüssi-gen Brei geworden ist ... Diesen Brei läßt man dann langsam hinunterrinnen. So braucht man für 400 Gramm Brot etwa eine Stunde."

Das "Ein und Alles" und die "einzige stabile Nahrung" war das Brot, auf russisch "chleb", ich sage immer "kleb" wie kleben". Es war meist "völlig naß wie Seife", und "wenn man es an die Wand schmiß, blieb es kleben". Heimkehrer erzählten, sie hätten "immer gesagt, wir gehen das Brot in der Feldflasche empfangen".

Dennoch wurde das Brot "verehrt, fast angebetet", und "der schönste Augenblick des ganzen Tages war der erste Biß in die frische Ration". Brot war schlechthin das "Heiligste in der Gefangenschaft"; die tägliche Brotverteilung glich einer "sakralen Handlung".

"Fast zögernd wurde geschluckt", erinnerte sich ein anderer. Und: "Die Umwelt war versun-ken, es war gelungen, mit eigener Kraft einen längeren euphorischen Zustand herzustellen."

Wer nicht alles auf einmal aufaß" - Lagerjargon: "Kahlfresser", sondern als "Ratenesser" sich seine Portion einteilte, riskierte, daß sein Brot unter der Matratze verschimmelte. ...

Thema eins waren nicht mehr Frauen -- das lag weit zurück. Statt dessen wurde pausenlos über vergangene kulinarische Genüsse geredet, über "Gasthof, Rezepte, Feste" und darüber, was man später alles wieder einmal essen würde: "Vernünftige Männer hängen wie Kinder diesen quälenden Vorstellungen nach und fangen an, Kochrezepte zu sammeln." ...

In der Phantasieküche der Gefangenen gab es Klöße, Aal grün, "Gulasch auf bisher nie ge-kannte Art" oder "täglich Schweinebraten". ...

Viele Gefangene schmatzten noch im Traum, und hier und da wurden "Leeresser" beobachtet, die "aus einem leeren Kochgeschirr eine imaginäre Suppe" löffelten oder als "Leerkauer" auf eingebildeten Fleischstücken herum-bissen.

Der Hunger machte vor nichts halt, auch nicht vor "Laub von Linden", Löwenzahn, Wegerich, Schafgarbe und Brennesseln. Ein Heimkehrer: "Grasfresser gab es in meinem Lager eine gan-ze Anzahl." In Urnen wurde im Frühjahr "das erste Grün buchstäblich abgefressen, junge Blätter gekocht und Ungeziefer mitverwertet". Im Lager Grosny "war kein Grashälchen mehr zu finden, dort weideten die Dystrophisten".

Dystrophie war die schwerste und auch die häufigste Krankheit der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union. Erst die sowjetische Kriegsgefangenschaft hat diese Krankheit überhaupt zum medizinischen Begriff geprägt. Als Folge knapper, kalorienarmer, wasserreicher Ernäh-

rung war sie den Ärzten zuvor nur als Hungerödem ... bekannt.

Die Dystrophie trat in den Lagern in zwei Formen auf: als Trockendystrophie, die zu einer schlaffen Auszehrung führte, und als Feuchtdystrophie, die den Körper aufschwemmte.

Trocken-Dystrophiker magerten zu Skeletten ab und sahen Toten ähnlich: "Waren in einem Lager genügend solcher Jammergestalten beieinander, wurden sie gemeinsam in einer Baracke untergebracht, die dann einem lebendigen Leichenhaus glich." ...

Wie viele den Hungertod starben, ist bis auf wenige Ausnahmen nirgends registriert. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.

Die deutschen Journalisten Paul Carell und Günter Böddeker schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (x130/365-366): >>... Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung arbeitete rund 18 Jahre. Sie begann 1957 und schloß 1974 ihre Untersuchungen ab. Auf dem Höhepunkt ihrer Forschungen beschäftigte sie insgesamt 16 Mitarbeiter – ein Teil davon bedeutende Universitätswissenschaftler.

Die Kommission wurde vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte berufen. Ihr offizieller Name: "Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs".

Ihr Auftrag: "Das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahr 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen."

Für ihre Forschung standen der Kommission unter anderen rund 400.000 Heimkehrer-Aussagen zur Verfügung, die von den entlassenen Gefangenen gleich nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik gemacht worden waren. Die Kommission zog weiterhin nahezu 50.000 Berichte heran, und sie veranstaltete darüber hinaus eigene Befragungen und Interviews.

An der Spitze der Kommission stand ein hervorragender Wissenschaftler, der Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Dr. Erich Maschke, der selbst erst 1953 nach achtjähriger Kriegsgefangenschaft aus der Sowjetunion zurückgekommen war.

Die Kommission legte ihre Forschungsergebnisse in 22 Bänden nieder. Sie haben einen Gesamtumfang von mehr als 10.000 Druckseiten.

Bei dem Beginn der Arbeit blieb offen, ob diese Berichte jemals der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt werden sollten. Denn wie es im Text der Kommission selbst heißt:

"Objektiv Geschichte zu schreiben, konnte nur heißen, die Wirklichkeit der Kriegsgefangenschaft einschließlich ihrer düsteren Seiten so exakt wie möglich nachzuzeichnen. Eben damit mußte aber der Verdacht entstehen, daß hier eine Gegenrechnung aufgemacht und Unrecht (der Sieger) gegen (nationalsozialistisches) Unrecht aufgerechnet werden sollte."

Das Bonner Auswärtige Amt behielt sich die Entscheidung über die Veröffentlichung jedes einzelnen Bandes vor.

Noch 1969 antwortete der damalige Außenminister Willy Brandt im Bundestag auf Anfrage, daß nach der Veröffentlichung der ersten beiden Bände des Kommissionsberichtes die zuständigen Stellen zu dem Entschluß gekommen seien, die übrigen Bände nicht freizugeben.

Warum nicht?

Weil, so Brandt, daß Mißverständnis ausgeschlossen werden sollte, daß mit einer massierten Publizierung des Materials eine politische Absicht verfolgt werde und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert würde. Dies wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienlich gewesen.

Nun, der Krieg liegt dreieinhalb Jahrzehnte hinter uns; die Wunden, die wir Deutschen ge-

geschlagen haben, stehen unablässig zur Debatte. Es ist deshalb nichts anderes als ein Akt geschichtlicher Logik, wenn auch die Wunden, die einem Großteil der deutschen Kriegsgeneration geschlagen wurden und der Opfergang der 11 Millionen deutscher Kriegsgefangenen in das historische Fazit des folgenschweren Zweiten Weltkriegs einbezogen werden.

Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Kommission stehen jetzt der Öffentlichkeit zur Verfügung. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote in den französischen Kriegsgefangenenlagern. Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.

Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – die amtlichen französischen Angaben einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht werden sollten (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Briten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.

Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei

und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...

Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...

Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.

Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).

Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später am 10. Juni 2016 über Willy Brandt: >>Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". ...<<

Die BdV-Bundesvertretung veröffentlichte am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschließung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne Friedensvertrag ...

Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...

Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu

legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja verdeutlichte in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-179): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrühigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden. ...

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwendig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...<<

Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag.

Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilte am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Men-

schen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<